

## DIE BÖHMISCHEN LÄNDER IN DER KRISE 1870/71<sup>1</sup>

Von Jan Křen

An den Ereignissen in Deutschland nahmen in der Habsburgermonarchie die österreichischen und die böhmischen Länder am meisten Anteil. In den böhmischen Ländern wurde die Lage durch das deutsch-tschechische Problem kompliziert.

Die hier herrschende deutsche Minderheit, die in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts eine der Hauptstützen des deutsch-österreichischen Liberalismus war<sup>2</sup>, ging in der Beurteilung der deutschen Frage mit dieser politischen Bewegung konform. Das Schmerlingsche Großdeutschtum, d. h. eine lockere Verbindung der Monarchie mit einem föderativ von oben reformierten Deutschen Bund, deckte sich mit den Interessen der deutschösterreichischen Liberalen; ihre Differenzen mit Schmerling betrafen meist die Innenpolitik. Der Loyalität der Dynastie gegenüber und dem religiösen Motiv, dem Gegensatz zwischen dem österreichischen Katholizismus und dem preußischen Protestantismus, kam eher bei dem sog. verfassungstreuen Adel und im klerikalen Milieu entscheidende Bedeutung zu. In den liberalen Kreisen spielten wirtschaftliche Bedenken der österreichischen (und auch der deutschböhmischen – später als sudetendeutsch bezeichneten) Industrie gegenüber der deutschen Konkurrenz eine große Rolle. Entscheidend waren jedoch die nationalen Überlegungen, was auch die deutschliberale Presse bewies: In der Teilnahme der Donaumonarchie am Geschehen in Deutschland sah man nicht nur die Herrschaftsgarantie der Deutschen in der Monarchie (besonders in den böhmischen Länder), sondern auch einen Eckstein der künftigen nationalen Existenz der Deutschösterreicher, die durch den Zusammenhang mit dem deutschen „Muttervolk“ gesichert werden sollte<sup>3</sup>.

---

<sup>1</sup> Mit Rücksicht auf den begrenzten Umfang und den Zweck dieses Beitrages wird hier die Darstellung der allgemeinen Ereignisse auf das Notwendigste reduziert. Zur Entwicklung in den böhmischen Ländern während dieser Periode siehe Prinz, F.: Die böhmischen Länder von 1848 bis 1914. In: Bosl, K. (Hrsg.): Handbuch der Geschichte der böhmischen Länder. Bd. 3. Stuttgart 1968, besonders 70–154. – Urban, O: Česká společnost 1848–1918 [Die tschechische Gesellschaft 1848–1918]. Prag 1983, 192–272.

<sup>2</sup> Vgl. Slapnicka, H.: Die Stellungnahme des Deutschtums der Sudetenländer zum „Historischen Staatsrecht“. In: Birke, E. / Oberdorffer, K. (Hrsg.): Das böhmische Staatsrecht in den deutsch-tschechischen Auseinandersetzungen des 19. und 20. Jahrhunderts. Marburg/Lahn 1960, 17.

<sup>3</sup> Vgl. Lades, H.: Die Tschechen und die deutsche Frage. Erlangen 1938, 209. Die politische Vertretung der Deutschen aus Böhmen und Mähren (auf die etwa 2/3 der Abgeordneten entfielen) lag in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts überwiegend in den Händen der Liberalen Partei, der sich auch der deutsch gesinnte Adel (der sog. verfassungstreue Großgrundbesitz) anschloß. Das repräsentative Presseorgan der Deutschböhmern war der „Tagesbote aus Böhmen“ (TaB), das Sprachrohr des spezifischen Prager deutsch-jüdischen Elements war die Tageszeitung „Bohemia“ (B).

Bei den Tschechen waren die Verhältnisse etwas komplizierter. Der monarchistisch und klerikal-konservativ gesinnte Adel, der jedoch nur bedingt dem tschechisch-nationalen Lager zugerechnet werden darf<sup>4</sup>, unterstützte in der deutschen Frage loyal die Wiener Linie, d. h. die offizielle Regierungspolitik. Zu solch einer Unterstützung war die tschechische bürgerliche Nationalpartei<sup>5</sup> kaum bereit, auch wenn ihr politisches Programm von Anfang an die Existenzberechtigung der tschechischen Nation im Rahmen der Donaumonarchie beinhaltete, allerdings sollte diese Monarchie in einen föderativen Bund kleiner Völker Ostmitteleuropas umstrukturiert werden<sup>6</sup>. Deshalb wünschten die Tschechen, daß sich Wien der „Nebenverpflichtungen“ in Italien und Deutschland so weit als nur irgendwie möglich entledigte. In der deutschen Frage wurde die Aufhebung der bisherigen staatsrechtlichen Zugehörigkeit der böhmischen Länder zum Deutschen Bund zum zentralen Anliegen der Tschechen. In diesem im Grunde genommen leeren Rechtstitel sahen die Tschechen – ähnlich wie die Deutschen, die diesen Zustand allerdings positiv bewerteten – eine der Hauptstützen der deutschen Dominanz in den böhmischen Ländern. Diese Divergenz zum Wiener Großdeutschum, das von den Tschechen als ihr Hauptgegner angesehen wurde, wurde auch bestimmend für die politisch-aktuelle Einstellung der Tschechen<sup>7</sup>. In Österreich (genauso wie in Böhmen) hatte man spätestens seit den schlesischen Kriegen von Preußen kaum ein so günstiges Bild wie im übrigen Europa. Auch die Tsche-

<sup>4</sup> Das war die Fraktion des sog. konservativen oder historischen Großgrundbesitzes, des landespatriotisch gesinnten Adels (etwa  $\frac{1}{3}$  der Abgeordneten), die mit den Tschechen lose, besonders in den staatsrechtlichen und nationalen Fragen, zusammenarbeitete. Die Wiener Tageszeitung „Vaterland“ wurde von dieser Adelsgruppe stark beeinflusst. Vgl. O k á ě, A.: Rakouský problém a list Vaterland [Das österreichische Problem und das Blatt Vaterland]. 3 Bde. Brünn 1970.

<sup>5</sup> Die tschechische politisch aktive Gesellschaft – die Integration mit den mährischen Tschechen war in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts noch nicht abgeschlossen – bestand größtenteils aus dem Bildungsbürgertum, das damals noch überwiegend zweisprachig war. In der tschechischen „Nationalpartei“, die sich im wesentlichen mit dem Leserkreis der politischen Tageszeitung identifizierte, entstanden schon 1863 zwei verschiedene, organisatorisch und ideologisch noch nicht vollkommen profilierte Strömungen – die Alt- und die Jungtschechen. Die führenden Persönlichkeiten der Alttschechen gaben den Ton in der parlamentarischen Vertretung der Tschechen an (die etwa  $\frac{1}{3}$  der Abgeordneten stellten), die demokratische jungtschechische Minorität hatte einen größeren Einfluß auf die Presse. Zum Sprachrohr der Alttschechen wurde die Tageszeitung „Pokrok“, die Meinung der Jungtschechen verbreiteten die „Národní listy“ (NL). Die deutsch erscheinende „Politik“ (P), von J. S. Skřejšovský herausgegeben, näherte sich in der ersten Hälfte der 60er Jahre den Jungtschechen, danach den Alttschechen.

<sup>6</sup> Im großen und ganzen teilten die Tschechen Palackýs Überzeugung, daß in der Zeit der „Weltzentralisation“ und im Schatten der Mächte (für die er nur England und Rußland hielt) die volle staatliche Souveränität der anderen Völker zweifelhaft, die der kleinen Nationen sogar unmöglich sei. Vgl. P a l a c k ý, F.: Spisy drobné [Kleine Schriften]. Bd. 1. Prag 1898, 179.

<sup>7</sup> Sogar nach Sedan schrieb die tschechische Presse: „Die Hauptgefahr für uns liegt nicht im nördlichen Kaiserreich, sondern noch immer im Süden.“ Damit war Wien gemeint (Pokrok v. 11. 12. 1870). Das habsburgische „Reformprojekt“ (Fürstentag 1863; Münchener Handelstag, an dem zahlreiche deutschböhmische Vertreter teilnahmen usw.) wurde von den Tschechen abgelehnt.

chen schwankten zwischen Furcht (was besonders auf die ältere, konservativ-liberale Generation der sog. Altschechen zutraf) und Achtung vor Preußen; am Anfang der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts ging bei der jüngeren Generation der Jungtschechen diese Achtung bis zu ausgesprochener Sympathie für den verwandten preußischen Liberalismus<sup>8</sup>. Das war auch der Grund für ein „leichtes Zusammenspiel“ zwischen der hauptsächlich von Jungtschechen beeinflussten tschechischen Presse und der kleindeutschen Partei; dieses Zusammengehen hatte es übrigens schon 1848 gegeben<sup>9</sup>. Die tschechische Presse propagierte damals die „Teilung“ Deutschlands als die beste Lösung, wobei der Main als Grenze gedacht war. Dieser Plan zielte auf die Erhaltung der Selbständigkeit der Donaumonarchie und der süddeutschen Staaten und auf die Bildung eines „Norddeutschen Bundes“ mit Preußen an der Spitze – allerdings eines Preußen unter der Führung der Liberalen, was eine neue nationale und demokratische Welle in Europa auslösen sollte (früher erwartete man solch eine Initiative von Frankreich)<sup>10</sup>. „Norddeutschland bot unter solchen Gesichtspunkten anscheinend keine Angriffsflächen für Furcht vor dem Pangermanismus.“<sup>11</sup>

Da die tschechische Gesellschaft damals hauptsächlich an lokalen Ereignissen interessiert, agrarisch ausgerichtet und wenig religiös motiviert war, kam in der tschechischen Publizistik kaum soziale oder religiöse Argumentation vor. Auch bei den Tschechen war die nationale bzw. politisch-doktrinäre Motivation richtunggebend. Dadurch wurde auch das Verhältnis zu Bismarck bestimmt. Im idealistischen Denken der Altliberalen vom Typ Palackýs stellte der Kanzler die Verkörperung der abstoßenden und rücksichtslosen preußischen Machtpolitik dar<sup>12</sup>. Bei den Jungtschechen waren eher doktrinäre Überlegungen ausschlaggebend: sie standen den preußischen Liberalen nahe und übernahmen auch ihr Verhältnis zu Bismarck<sup>13</sup>. Doch die jungtschechischen Kreise änderten allmählich ihre Ansichten, in denen die deutsche Frage zwar eine wichtige, aber zweifellos keine dominierende Rolle spielte. Enttäuscht von der Schwäche der preußischen Liberalen, wandten sich die Jungtschechen in den Jahren 1864–65 wieder Frankreich zu, obwohl sie zum bonapartistischen Regime einen kritischen Abstand behielten. Die wachsende Abneigung dem Bismarckschen Preußen gegenüber und das damit zusammenhängende Schwinden der Sympathien für die kleindeutsche Lösung brachten Jung- und Altschechen einander näher. Palacký, der Führer der Altschechen, wurde zunehmend skeptischer und rechnete damit, „daß das kommende Deutschland ein slavenfeindlicher Block sein würde“<sup>14</sup>. Am Vorabend des Krieges von 1866 war also die tschechische Gesellschaft durchwegs österreichisch-

<sup>8</sup> Vgl. Lades 1938, 197.

<sup>9</sup> Vgl. ebenda 192, 206.

<sup>10</sup> Holeček, J.: *Pero* [Die Feder]. Bd. 4. Prag 1925, 100

<sup>11</sup> Vgl. Lades 1938, 199.

<sup>12</sup> Die Abneigung gegenüber Bismarck bildete bei Palacký eine dauernde Komponente seiner Einstellung zur deutschen Frage.

<sup>13</sup> Vgl. Lades 1938, 197 ff. – P v. 3. 12. 1862. Diese Einstellung war auch durch mangelhafte Kenntnisse der tschechischen Öffentlichkeit von Deutschland bedingt. Der einzige Sonderkorrespondent aus Deutschland, der sich überwiegend mit Politik beschäftigte, war ein Linksliterat und Teilnehmer an Garibaldi's Marsch nach Neapel, der Lausitzer E. Ruffer.

<sup>14</sup> Vgl. Lades 1938, 211.

patriotisch und antipreußisch gesinnt<sup>15</sup>. Dies bedeutete aber keineswegs die völlige Übernahme des offiziellen österreichischen Standpunktes. Die Unbeweglichkeit der Wiener Politik gegenüber der deutschen Frage wurde von den Tschechen scharf kritisiert und auch die These von einem „Bruderkrieg“ nur widerwillig angenommen<sup>16</sup>.

Dieser österreichische Patriotismus brachte die Tschechen und die gleichermaßen antipreußisch eingestellten Deutschösterreicher einander näher<sup>17</sup>, eine politische Annäherung der beiden nationalen Partner fand jedoch nicht statt. Der Grund dafür lag u. a. darin, daß die tschechische politische Emigration sich – ähnlich wie die ungarische – in den Dienst der Bismarckschen „Diversion“ stellte, mit der der preußische Kanzler Wien zu einem raschen Friedensschluß bewegen wollte. Von der preußischen Okkupationskommandatur in Prag wurde ein Aufruf an die Bevölkerung „des glorreichen Königreiches Böhmen“ erlassen mit dem Versprechen, daß der Sieg Preußens den Tschechen die Gelegenheit, „ihr künftiges Schicksal ähnlich den Ungarn frei entscheiden zu können, geben wird“<sup>18</sup>. Diese Deklaration war das Ergebnis der Zusammenarbeit mit einigen wenigen tschechischen Emigranten, vor allem mit dem ehemaligen Studentenführer des Prager Juniaufstandes vom Jahre 1848, J. V. Frič. Dieser stand mit einer kleinen, bereits 1863 entstandenen Gruppe tschechischer Radikaler um den Fürsten R. Thurn-Taxis in Verbindung<sup>19</sup>. Das damalige Programm dieser Gruppe wurde in einem politischen Pamphlet mit dem Titel „Das Weinen der böhmischen Krone“ erläutert, das in Berlin gedruckt und in Böhmen gegen Ende des Sommers 1866 kolportiert wurde<sup>20</sup>. Vor dem Hintergrund einer leidenschaftlichen Anklage der habsburgischen Politik den Tschechen gegenüber plädierte man darin für einen selbständigen, neutralen und in Hinblick auf die böhmischen Deutschen national gerechten Staat, der eine „Brücke“ zwischen Germanen und Slawen bilden sollte, ähnlich wie dies die Schweiz oder Belgien zwischen Romanen und Germanen taten. Die Radikalen waren bemüht, die politischen Führer der Tschechen zu einer antiösterreichischen Demonstration zu bewegen. Doch nicht einmal bei den ihnen am nächsten stehenden Jungtschechen hatten sie damit Erfolg. Das klassische „timeo Danaos et dona ferent-

<sup>15</sup> Vgl. u. a. P v. 4. 4. 1866. – Beer, A.: Památnosti mého podomování [Denkwürdigkeiten meines Lebens]. Königgrätz 1978. Für die öffentliche Meinung in den böhmischen Ländern sind die Erinnerungen eines Zeitgenossen charakteristisch, in denen dieser beschrieb, wie man damals „sorgenlos nur mit unseren Heimatangelegenheiten beschäftigt lebte“, ohne dem „peußisch-österreichischen Konflikt mehr Achtung“ zu schenken. Heller, S.: Z minulé doby [Aus vergangener Zeit]. Bd. 4. Prag 1923, 67. Das gilt auch – wie weitere Quellen beweisen – für die spätere Zeit und auch für das deutschböhmische Milieu. In Hinblick auf die großen Ereignisse in Europa „beschleicht uns förmlich ein beschämendes Gefühl wegen der Kleinlichkeit der Fragen, die hier ventiliert werden“. B v. 6. 9. 1870.

<sup>16</sup> Vgl. z. B. P v. 15. 4. 1866. – Lades 1938, 241.

<sup>17</sup> Vgl. Handbuch der böhmischen Länder III 1968, 126.

<sup>18</sup> Raupach, H.: Bismarck und die Tschechen im Jahre 1866. Berlin 1936, 8.

<sup>19</sup> Vgl. Zapletal, V.: Kníže JUDr. Rud. Thurn-Taxis [Der Fürst Dr. Rud. Thurn-Taxis]. Brünn 1931. Die Teilnahme Skřejšovskýs, die von einem gut informierten Zeitgenossen vermerkt wird, konnte bis heute nicht zuverlässig bewiesen werden.

<sup>20</sup> Kotík, A.: Pláč korony české [Das Weinen der böhmischen Krone]. 2. Aufl. Prag 1919. – Vgl. Borský, L.: Znovudobyty samostatnosti [Die Wiedergewinnung der Selbständigkeit]. Prag 1928, 12.

tes“, mit dem der jungtschechische Führer K. Sladkovský die Anfragen Fričs beantwortete, brachte die vorwiegende Stimmung der tschechischen Öffentlichkeit treffend zum Ausdruck. Aus Furcht vor Preußen, das „uns bei der ersten Gelegenheit schlucken würde“, wiesen die Jungtschechen jede „Transaktion mit Preußen“ zurück, selbst wenn sie dazu „ein Mandat der Nation“ gehabt hätten; und ein solches, wie sie hinzufügten, hatten sie nicht<sup>21</sup>.

Die Prager Beratungen der Führungsgarnituren der Alt- und Jungtschechen im Juli 1866 (Palacký, Rieger, J. Grégr, Skrejšovský – das Haupt des konservativen Feudaladels, Graf H. Clam-Martinic, nahm daran nicht teil) führten zu einem proösterreichischen Ergebnis<sup>22</sup>. Der Prager Friede und insbesondere der Ausschluß Österreichs aus dem Deutschen Bund, der bei den Deutschösterreichern einen Schock verursacht hatte<sup>23</sup>, wurde von den Tschechen mit unverhohlener Befriedigung aufgenommen, vor allem wegen der Beendigung der traumatisierend wirkenden Bindung der böhmischen Länder an Deutschland. Der deutsche Nationalstaat im Norden, der föderativ sein und die Selbständigkeit der süddeutschen Staaten respektieren sollte, erschien noch immer nicht als eine akute Gefahr<sup>24</sup>.

Andererseits schienen in der von der Bindung an Deutschland befreiten Monarchie nun die Chancen der Tschechen besser zu stehen. Das Projekt einer staatsrechtlich-föderativen „Pentarchie“, wie es auf Initiative der Tschechen am sog. kleinen Slawenkongreß in Wien (August 1866)<sup>25</sup> verabschiedet worden war, konnte aber keineswegs mit der auf der Grundlage des Dualismus getroffenen Vereinbarung der Krone mit den mächtigeren Magyaren konkurrieren – denn der Dualismus war für die Deutschösterreicher letztlich doch annehmbar. Die Verselbständigung Ungarns beschränkte zwar ihre Herrschaft nur auf Zisleithanien, der Verlust wurde jedoch durch die Installation einer deutschliberalen Regierung ausgeglichen. Dieser politische Erfolg half, die nationale Erschütterung des Jahres 1866 in den liberalen Kreisen zu überwinden. Vor-

<sup>21</sup> Tůma, K.: Život Dra. Julia Grégra [Das Leben des Dr. Julius Grégr]. Prag 1896, 208. – Holeček IV 1925, 111.

<sup>22</sup> Eine ähnliche proösterreichische Haltung nahmen auch die Führer der Magyaren um F. Deák ein. Vgl. Hanák, P.: Die Geschichte Ungarns. Budapest 1971, 367, 371.

<sup>23</sup> Angesichts dieses „Weißen Berges“ des österreichischen Deutschtums „werden die Deutschen von einem bangen und unheimlichen Gefühl beschlichen“. Fischhof, A.: Österreich und die Bürgschaften seines Bestandes. Wien 1869, 11. – Vgl. Wandruszka, A.: Großdeutsche und kleindeutsche Ideologie. In: Kann, R. A. / Prinz, F. (Hrsg.): Deutschland und Österreich. Wien-München 1980, 139 ff.

<sup>24</sup> Die tschechische Presse (z. B. P v. 30. 9. 1866, 31. 1. 1867) gab zu, daß die Haltung der Preußen in Böhmen „Sympathien weckte“, warnte aber die tschechische Öffentlichkeit mit dem Beispiel der Posener Polen. „Möge sich Deutschland auf der Grundlage der Föderation einigen, daß wird für uns keine Gefahr; gefährlich wäre für uns nur ein durch Preußen zentralisiertes Deutschland.“ Zit. nach: Prušáci v Čechách [Preußen in Böhmen]. Prag 1870, 10.

<sup>25</sup> Vgl. Zeithammer, A. O.: Zur Geschichte der böhmischen Ausgleichsversuche 1865 bis 1871. Bd. 1. Prag 1912, 15, 20. Die in Wien nicht vertretenen Jungtschechen waren mit der Art des Vorgehens der alttschechischen Führer einverstanden. Vgl. Havránek, J.: Česká politika, konservativní aristokraté a uspořádání poměrů v habsburské říši v. l. 1860–1867 [Die tschechische Politik, die konservativen Aristokraten und die Regelung der Verhältnisse im Habsburgerreich in den Jahren 1860–1867]. SbH 17 (1970) 79.

läufig wurden dadurch die separatistischen und „alldeutschen“ Tendenzen neutralisiert – auch unter den Deutschen aus den böhmischen Ländern.

Unter den Tschechen rief der Dualismus aber einen Sturm der Entrüstung hervor. „Das einzige slavische Volk der Monarchie, das seiner sozialen Struktur nach in der Lage gewesen wäre, am Ausgleichswerke teilzunehmen“<sup>26</sup>, ging vollkommen leer aus, auch wenn die Tschechen aus den liberalen Umwälzungen und den „sieben fetten Jahren der Konjunktur“<sup>27</sup> Nutzen zogen. Die tschechische politische Führung reagierte nach ungarischem Muster mit der Ausarbeitung eines sehr weit reichenden staatsrechtlichen Programms: Die feierliche Deklaration aller tschechischen Landtagsabgeordneten vom 22. August 1868 vindizierte für die böhmische Krone eine ähnliche Stellung wie für die von Ungarn<sup>28</sup>. Zugleich wurde von den Tschechen der passive Widerstand, d. h. der Boykott aller neuen zisleithanischen Institutionen ausgerufen, was allerdings zur Folge hatte, daß eine föderalistische Majorität im Reichsrat nicht zustandekommen konnte. Die tschechische Führung versuchte nun auch die böhmische Frage zu internationalisieren und suchte politische Unterstützung in Rußland und Frankreich<sup>29</sup>; diese Bemühungen blieben allerdings noch lange nur „eine still wirkende Alternative“<sup>30</sup>.

Die Lage in den böhmischen Ländern wurde damals durch eine mächtige nationale Protestbewegung gekennzeichnet, an der 1,5 Millionen Menschen teilnahmen; zum Vergleich: das tschechische Volk zählte etwa 5 Millionen Seelen. Die Zahlenangaben bezüglich dieser Protestbewegung mögen etwas übertrieben sein, trotzdem gab es zu jener Zeit in der Monarchie nichts Vergleichbares. Obwohl diese Bewegung von den Regierungsbehörden mit großer Härte verfolgt wurde, nahmen an ihr auch bisher passive Arbeiter und Bauern in großer Zahl teil. Die Initiative ging dabei nicht so sehr von den traditionellen politischen Führungsschichten aus, sondern weit mehr von den neuen demokratischen Strukturen, d. h. von den Vereinen und vor allem von den Selbstverwaltungskörperschaften, die in der Periode des politischen Vakuums in der Zeit der preußischen Okkupation (die österreichischen Behörden hatten damals ja ihre

<sup>26</sup> Görlich, E. J., / Romanik, F.: Geschichte Österreichs. Innsbruck 1970, 419. – Vgl. Denis, A.: Čechy po Bílé Hoře [Böhmen nach dem Weißen Berg]. Bd. 2. Prag 1911, 669.

<sup>27</sup> Benedikt, H.: Die Monarchie des Hauses Österreich. Wien 1968, 157.

<sup>28</sup> Minulost našeho státu v dokumentech [Die Vergangenheit unseres Staates in Dokumenten]. Prag 1971, 278 ff.

<sup>29</sup> Kazbunda, K: Pouť Čechů do Moskvy a rakouská diplomacie [Die Wallfahrt der Tschechen nach Moskau und die österreichische Diplomatie]. Prag 1926. – Kazbunda, K.: Deux memorandes de Rieger. Le Monde Slave 6 (1925). – Birke, E.: Französische Beziehungen zu Ost-Mitteleuropa im 19. Jh. ZfO 6 (1957) 379. Skrejšovský dagegen begann seit dem Frühjahr 1868 die preußische Linie zu verfolgen. „Politik“ unterstützte die Einigung Deutschlands inklusive der süddeutschen Staaten unter Berliner Führung und versicherte, Bismarck hätte keine Annexionspläne den böhmischen Ländern gegenüber, die außerdem auf den Widerstand Frankreichs und Rußlands stoßen müßten.

<sup>30</sup> Handbuch der böhmischen Länder III 1968, 145. Auch hier ist eine Differenzierung zu verzeichnen. Die Jungtschechen behielten einen größeren Abstand zu Rußland (vgl. Grégr, E.: Deník [Tagebuch]. Bd. 1. Prag 1908, 182. – Heller I 1916, 83) und waren auch kritischer dem bonapartistischen Regime gegenüber (vgl. z. B. NL v. 20. 7. 1869).

Tätigkeit eingestellt) die Verwaltung des Landes geführt und dadurch an Bedeutung und Selbstbewußtsein gewonnen hatten<sup>31</sup>.

Mit dieser demokratischen Bewegung hat auch der Prozeß „der Formierung der neuzeitlichen tschechischen Nation“ seinen Höhepunkt erreicht<sup>32</sup>. Der Patriarch Palacký erklärte öffentlich, daß er nun seine früheren Zweifel überwunden habe und zu der festen Überzeugung gelangt sei, „daß die Nation leben will und auch leben wird“<sup>33</sup>. Auch das staatsrechtliche Programm, das bisher den Stempel einer anachronistischen, ständisch orientierten Idee trug, wurde in dieser Zeit „zu einer Parole des demokratischen tschechischen Nationalstaates“<sup>34</sup>.

In der Krise, in der sich die Habsburgermonarchie damals befand (neben den Tschechen standen auch die Polen, Slowenen und einflußreiche klerikale Kreise in heftiger Opposition zur Regierung), und in der gespannten internationalen Lage verfehlte die tschechische Bewegung ihre Wirkung auch auf den Kaiser nicht. Im Interesse einer raschen Stabilisierung zwang er die liberale Regierung zum Ausgleich mit den nicht-deutschen Völkern; im Fall der Tschechen war dieser Versuch allerdings vergeblich.

Unter diesen Begleit-Umständen wuchs die deutsch-französische Spannung, und schließlich brach der Krieg aus. Welchen Eindruck riefen diese Ereignisse in den böhmischen Ländern hervor, und welche Haltung nahmen die einzelnen maßgeblichen Kreise ein?

Die Hofkreise, die Konservativen (und auch manche Altliberalen) waren von den preußischen Erfolgen schockiert und begannen widerwillig einen Weg zur Aussöhnung mit dem neuen Deutschland zu suchen<sup>35</sup>. Unter den Liberalen und in ihrer Presse entstand dagegen „eine Welle gesamtdeutscher Begeisterung“. Der Prager „Tagesbote aus Böhmen“ schrieb zwar noch Anfang August 1870, daß es notwendig sei, „sorgsam (zu) scheiden, was unser deutsches Gefühl und unser österreichisches Bewußtsein uns eingeben“, nach den preußischen Siegen überwogen aber schon eindeutig begeisterte „Sympathien für die kriegführenden Stammesverwandten“, die sogar bis zur Rechtfertigung der preußischen Annexionen gingen<sup>36</sup>.

<sup>31</sup> Havránek 1970, 83. – Kořalka, J. / Crampton, R. J.: Die Tschechen. In: Wandruszka, A. / Urbanitsch, P. (Hrsg.): Die Habsburgermonarchie 1848–1918. Bd. 3/1. Wien 1980, 503.

<sup>32</sup> Purš, J.: Tábor v českých zemích 1865–1871 [Die Lagerbewegung in den böhmischen Ländern 1865–1871]. ČSČH 6 (1958) 687. – Vgl. Chłebowczyk, J.: Procesy narodotwórcze w wschodniej Europie środkowej [Die Prozesse der Nationsbildung in Ostmitteleuropa in der Zeit des Kapitalismus]. Warschau 1975, 187. – Wereszycky, H.: Pod berłem Habsburgow [Unter dem Szepter der Habsburger]. Krakau 1975, 178.

<sup>33</sup> Palacký 1898, 292.

<sup>34</sup> Urfus, V.: Die Ausprägung der Idee des historischen böhmischen Staatsrechts in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts und der österreichisch-ungarische Dualismus. In: Vantuch, A. / Holotík, L. (Hrsg.): Der österreichisch-ungarische Ausgleich 1867. Preßburg 1971, 553. – Vgl. Denis 1911, 740.

<sup>35</sup> „Ich bin tief erschüttert“, schrieb nach Sedan Ignaz Plener am 4. September 1870. In der österreichischen Außenpolitik wäre es nun unerlässlich, „ein thunliches Anschließen an Deutschland mit Anstand in Scene setzen“. In: Molisch, P.: Briefe zur deutschen Politik in Österreich von 1848 bis 1918. Wien-Leipzig 1934, 67 f.

<sup>36</sup> TaB v. 9. 8. und 2. 12. 1870. Das deutsche Kaiserreich, „für das wir uns nicht erwärmen können“, weil es die Mannigfaltigkeit liquidiert, „um in ihr zugleich den Schutz der Freiheit zu

Die Tschechen hingegen – mit Ausnahme von Skrejšovský, der davon sprach, daß ein Sieger von der Seine für die tschechische Nation gefährlicher wäre als ein Sieger von der Oder<sup>37</sup> – sympathisierten trotz ihres Unbehagens gegenüber dem Bonapartismus mit Frankreich und erwarteten dessen Sieg<sup>38</sup>. Napoleon wurde – nicht ganz zu unrecht – unterstellt, er würde im Falle seines Sieges Deutschland „in die alten Bahnen vor 1866“ zurücklenken und den Deutschen Bund unter Einschluß Österreichs erneuern: „Und das ist ein Zug, den das tschechische Volk aufs entschiedenste perhorresziert.“<sup>39</sup> Die Altschechen fanden einen langandauernden Kampf am besten und hofften, daß keine Seite den Sieg davontragen würde, weil Napoleons Triumph „dieselben Befürchtungen auslösen würde, die heute die preußischen Siege erwecken“<sup>40</sup>. Die Jungtschechen waren noch deutlicher: „Der Sieg Preußens würde uns mehr schaden als nützen“, hauptsächlich deshalb, weil dadurch „die Dominanz des deutschen Stammes in Zisleithanien bewahrt und gefestigt würde“<sup>41</sup>.

Nach den preußischen Siegen im August 1870 verstärkte sich diese Stimmung noch mehr. Für die gesamte tschechische Presse (die „Politik“ nicht ausgenommen) gewann der von Preußen geführte Krieg einen abstoßenden und aggressiven Charakter<sup>42</sup>. Die tschechischen Führer mußten sich bei den französischen Niederlagen „als Mitgeschlagene fühlen . . ., und wähen, das künftige deutsche Kaiserreich wird schon morgen anfangen, die tschechische Nation mit Feuer und Schwert auszurotten“<sup>43</sup>. Unter dem Eindruck der preußischen Kriegleistungen und Bismarcks Staatskunst entstanden unter den Tschechen größere Befürchtungen als anderswo in Europa: Mit Frankreich sind alle Nachbarn Deutschlands gefährdet, und „wir Tschechen sind als erste an der Reihe“<sup>44</sup>. Diese Stimmung wurde durch die Begeisterung der deutschen Blätter und durch die Forderung nach einem österreichisch-deutschen Bündnis noch verstärkt<sup>45</sup>. Die tschechische Öffentlichkeit wurde durch Hinweise auf andere europäische Mächte beruhigt, die sich „um die Bewahrung des Gleichgewichts kümmern werden“<sup>46</sup>. Die Hinweise auf Rußland erschienen nicht nur in den altschechischen Zei-

vernichten“. TaB v. 7. 12. 1870. Die „Bohemia“ befürchtete, daß der preußische Militarismus „auf Deutschland lähmend und schwächend einwirken wird“, und hatte auch Bedenken wegen der preußischen Annexionen. B v. 5. 8. und 13. 12. 1870.

<sup>37</sup> Vgl. P v. 21., 24. und 28. 7. 1870.

<sup>38</sup> Vgl. Pokrok v. 12. 8. 1870. – Holeček IV 1925, 241. Die Abneigung der Tschechen gegenüber Napoleon wurde u. a. durch seine frühere Unterstützung des Wiener Zentralismus verursacht.

<sup>39</sup> P v. 17. 7. 1870.

<sup>40</sup> Pokrok v. 14. 8. 1870. „Das böhmische Volk steht dem jetzigen Kampf vorläufig durchaus fern und fremd gegenüber.“ P v. 19. 7. 1870.

<sup>41</sup> NL v. 21. 7. 1870. Der anonyme Autor war ganz Nationalist: „Die tschechische Nation hat . . . nur einen Feind: die Deutschen. Die Niederlage der deutschen Politik in Preußen ist für uns ebenso von Nutzen wie ihre Niederlage in Österreich.“ NL v. 23. 7. 1870.

<sup>42</sup> Pokrok v. 12. 8. 1870. – P v. 14. 9., 22. und 24. 10. 1870, 21. 1. und 1. 4. 1871. – Osvěta I (1871) 118 ff.

<sup>43</sup> TaB v. 13. 8. 1870. – Vgl. B v. 11. 8. 1870.

<sup>44</sup> NL v. 10. 8. 1870; vgl. 12. und 30. 10. 1870. – Pokrok v. 12. 8. 1870. – P v. 5., 8. und 30. 10. 1870. – Traub, H.: Poslední český pokus o vyrovnání s Rakouskem [Der letzte tschechische Ausgleichsversuch mit Österreich]. Brünn 1919, 1.

<sup>45</sup> NL v. 12. 10. 1870. – P v. 5. 8. und 30. 10. 1870.

<sup>46</sup> Pokrok v. 12. 8. 1870.

tungen (häufig auch in der „Politik“), sondern auch in der jungtschechischen Presse<sup>47</sup>; mit der Zeit hat hier aber „die begeisterte Anbetung der Französischen Republik den sonst auch von ihnen cultivierten Russenschwindel fast ganz in den Hintergrund gedrängt“<sup>48</sup>.

Das Echo auf die Errichtung des Deutschen Kaiserreiches war im allgemeinen negativ<sup>49</sup>. Die Jungtschechen rechneten außerdem mit ihren früheren Sympathien für den preußischen Liberalismus ab: „Wo sind die Kämpfer für die Verfassung ... Sie sind mit den preußischen Hinterladegewehren in den Krieg gegangen und kehren mit Ketten ... an den Händen aus ihm zurück.“<sup>50</sup>

Die schnelle österreichische Anerkennung des neuen Deutschen Reiches und der Verzicht Wiens, die Bestimmungen des Prager Friedens anzuwenden (die Note Beusts vom Dezember 1870), lösten bei den Tschechen und bei den Deutschböhmen unterschiedliche Reaktionen aus. Die deutsche Presse forderte „das freundschaftliche Verhältnis beider Reiche“<sup>51</sup>, die tschechischen Organe befürworteten die Neutralität und warnten, daß die Monarchie „in die Abhängigkeit von Deutschland fallen wird“<sup>52</sup>. Die österreichisch-deutsche Allianz „ist der erste Schritt zu einem deutsch-nationalen Offensiv-Bündnis gegen die Nichtdeutschen Österreichs“<sup>53</sup>.

In Österreich-Ungarn, das durch den politischen Umsturz in Europa während der Jahre 1870/71 am stärksten berührt worden war<sup>54</sup>, waren die Tschechen am meisten beunruhigt. Ihre Führung, der Abgeordnetenklub, hielt es sogar für opportun, seine Einstellung öffentlich zu erörtern: „Die böhmische Nation anerkennt konsequent die Vollberechtigung der verschiedenen Stämme der großen deutschen Nation, sich zu einer staatsrechtlichen Einheit zusammenzuthun, soweit sie das Bedürfnis dessen fühlen.“ Aber die Vergewaltigung anderer Stämme, die einem anderen Staate treu bleiben wollen, „wäre eben auch eine Verletzung des Prinzips der freien Selbstbestimmung der Stammesindividualitäten“. Dasselbe galt auch für den Fall, daß Deutschland „der französischen Nation eine bestimmte Regierungsform“ aufzwingen oder ihr einige Teile ihres Besitzstandes entreißen wollte. Im Zusammenhang damit erschien auch eine im damaligen Europa einzigartige Solidaritätserklärung<sup>55</sup> der Tschechen mit

<sup>47</sup> P v. 21. 7. 1870. – Holeček 1925, 85 f. In den Tagen der Versailler Kaiserkrönung wird in den NL demonstrativ ein großer Artikel des zaristischen Generals Fadejew über die Modernisierung der russischen Armee abgedruckt.

<sup>48</sup> Der harte Kern der Radikalen aus den Jahren 1863–1866 veröffentlichte eine Broschüre (Plány Fadějeva a Čechy [Die Pläne Fadějews und Böhmen]. Jungbunzlau 1870) mit scharfer Polemik gegen russophile Tendenzen.

<sup>49</sup> „Etwas anderes als vorsichtiges Mißtrauen konnte von uns das neue Deutschland nicht erwarten“, wenn es auch nicht notwendig wäre, „Deutschland gegenüber feindlich eingestellt zu sein“. Pokrok v. 26. 1. 1871.

<sup>50</sup> NL v. 22. 10., 21. 12. 1870; 20. 1., 2. 3. 1871.

<sup>51</sup> TaB v. 5. 1. 1871.

<sup>52</sup> Pokrok v. 18. 8. 1871; NL v. 8. 1. 1871; ähnlich auch Vaterland. Vgl. Rumppler, H.: Österreich – Ungarn und die Gründung des Reiches. HZ N.F. 6 (1980) 145.

<sup>53</sup> P v. 6 und 18. 1. 1871.

<sup>54</sup> Vgl. Rumppler 1980, 139 f.

<sup>55</sup> Dieses an Beust adressierte Memorandum wurde von den tschechischen Zeitungen am 11. 12. 1870 abgedruckt. Hier zitiert nach dem deutschen Text der „Politik“.

dem niedergeworfenen Frankreich (sie ging auf das Betreiben der französischen Diplomatie zurück): Die Tschechen könnten, so das Memorandum, ihre „aufrichtigsten Sympathien der edlen und ruhmvollen französischen Nation, die heute nur noch für die Freiheit ihrer Selbstbestimmung und die Vertheidigung ihres Vaterlandes kämpft“, nicht versagen. Das Memorandum warnte davor, daß die preußischen Annexionen zur „unausschöpflichen Quelle neuer Kriege“ werden müßten. Gleichzeitig anerkannte die Deklaration das Recht Rußlands auf Annullierung der Schwarzmeerklausel des Pariser Vertrages von 1856 und forderte die Annäherung Österreichs an Rußland. Das im modernen Sinne formulierte Prinzip des nationalen Selbstbestimmungsrechts, das die Grundlage des Dokuments darstellte<sup>56</sup>, bezog sich auch auf die inneren Verhältnisse der Monarchie, damit „auf dieser Grundlage freier Selbstbestimmung der Völker Österreich sich umgestalte friedlich und freiheitlich“.

Unmittelbar nach der geglückten Pazifizierung Ungarns verschob sich der Schwerpunkt der Probleme der Monarchie nach Zisleithanien. Zum politischen Widerwillen des Kaisers gegen die herrschende deutschliberale Partei kam noch der Verdacht der Staatsunzuverlässigkeit der Deutschen, was durch die propreußischen und „alldutschen“ Tendenzen in ihren Reihen verursacht worden war. Die Opposition, sei es die der deutschen Klerikalen, sei es die der staatsrechtlich orientierten Polen oder der Tschechen, trat dagegen patriotisch auf und erschien aus der Sicht der Staatsraison verlässlicher. In den Hofkreisen verbreitete sich die Meinung, man müsse gegenüber Deutschland jetzt einen stärkeren Schutzdamm errichten. Von diesem Standpunkt schienen die Tschechen (und auch die Polen) „plötzlich den Staatserfordernissen fast näher zu sein als die Deutschen“<sup>57</sup>.

Der Ausgleich mit der Opposition wurde zur Aufgabe der konservativen „kaiserlichen“ Regierungen Potockis im Jahre 1870 und Hohenwarts im Jahre 1871. Trotz des gleichen Zieles nahmen beide Versuche einen unterschiedlichen Verlauf. Die Autonomie der galizischen Polen nahmen die Deutschliberalen noch hin; auf den geplanten böhmischen Ausgleich antworteten sie mit einer Welle der Empörung und des Widerstandes. Wenn es um nationale Interessen ging, fanden sie den politisch konservativen Charakter dieser Reform<sup>58</sup> in ihrer Anwendung auf Galizien nicht so abstoßend wie bei ihrer möglichen Verwirklichung in Böhmen. „Man kann ... recht gut polonisieren und magyarisieren“, schrieb damals Ignaz Plener, „nicht kann man aber die Deutschen tschechisieren. „Die Verbindung der Deutschböhmen mit den übrigen Deutschösterreichern – vor allem „mittels des Central-Parlaments“<sup>59</sup> – wurde

<sup>56</sup> „Alle Nationen, ob groß oder klein, haben ein gleiches Recht der Selbstbestimmung und sind in ihrer Individualität gleichmäßig zu achten.“ P v. 11. 12. 1870.

<sup>57</sup> K a z b u n d a, K.: Pokusy rakouské vlády o české vyrovnání [Die Versuche der österreichischen Regierung um den böhmischen Ausgleich]. ČCH 27 (1921) 128. „Die Deutschen in Böhmen müssen jetzt kleinlaut werden ...“, stand 1870 in der Instruktion des Zisleithanischen Ministerpräsidenten für den böhmischen Statthalter, „vis a vis den Tschechen aber empfehle ich ..., mit Ihrer gewöhnlichen Liebenswürdigkeit vorzugehen.“ M o l i s c h 1934, 155.

<sup>58</sup> Zum böhmischen Ausgleichsversuch siehe: B ü c h s e l, E. Ch.: Die Fundamentalartikel des Ministeriums Hohenwart-Schäffle. Breslau 1941, von den tschechischen Autoren Z e i t h a m m e r, K a z b u n d a u. a.

<sup>59</sup> M o l i s c h 1934, 75. – Vgl. T a B v. 29. 6. 1871. – N L v. 31. 3. 1871.

in deutschliberalen Kreisen als eine elementare Voraussetzung der nationalen Existenz und der Einheit des österreichischen Deutschtums angesehen<sup>60</sup>. Obwohl auch nach Plener die deutsche Nationalität in Österreich durch die Regierung des Grafen Hohenwart „doch nicht gefährdet“<sup>61</sup> war, machten das Gefühl der nationalen Schwächung durch die Ereignisse der Jahre 1866/67 einerseits und das durch die preußischen Triumphe wiedererstarke Selbstbewußtsein andererseits die österreichischen Deutschen noch weniger kompromißbereit als früher<sup>62</sup>. Dazu kam noch ihre Ablehnung der konservativen Wende.

Dies alles war der Grund für ihre nicht einmal so übertriebene Reaktion. Den Anlaß dazu bildete die Zusammenkunft der deutschliberalen Führer in Wien im Februar 1871, bei der die Verteidigung des deutschen nationalen Besitzstandes in jedem zisleithanischen Land zur gemeinsamen Aufgabe erklärt worden war<sup>63</sup>. Besonders aggressiv wurde dabei die Autonomie Böhmens angegriffen, die man als Errichtung eines Barbarenstaates und als Kapitulation vor den Großmachtplänen der Tschechen bezeichnete; diese Pläne wären angeblich nicht „ohne Vergewaltigung der Deutschen“ zu verwirklichen<sup>64</sup>. Der Anspruch der Deutschen auf Herrschaft in Zisleithanien, der durch liberale Argumente, historische Verdienste und kulturellzivilisatorische Überlegenheit begründet wurde, kam in den Presseorganen der Deutschliberalen ganz offen zum Ausdruck<sup>65</sup>. Aus den Reihen der Deutschböhmen, besonders der Jungliberalen (Pickert u. a.), erhoben sich „Schmerzensschreie“, die an die Adresse der „Mutter Germania“, d. h. des neugegründeten Deutschen Reiches, gerichtet waren<sup>66</sup>. Diese „Schmerzensschreie“ fanden in Deutschland, besonders bei den Nationalliberalen, ein starkes Echo. Neben einer Reihe von Solidaritätskundgebungen im ganzen Land zeigte auch J. Miquel in einer Rede vor dem Reichstag seine Sympathie für den Hegemonieanspruch der österreichischen Deutschen „wenigstens auf dem Boden der alten deutschen Reichsländer“<sup>67</sup>.

Analog zu dieser Agitation stand auf tschechischer Seite die triumphal-provokative Interpretation des geplanten Ausgleichs, die in der Aussage gipfelte, daß die Errichtung eines böhmischen Staates „die Antwort auf die Restauration des Deutschen Reiches“ sei<sup>68</sup>. In einer offiziellen Erklärung vom 9. Oktober 1871, in der es hieß, daß die

<sup>60</sup> Vgl. TaB v. 29. 6. 1871.

<sup>61</sup> Molisch 1934, 71.

<sup>62</sup> Vgl. Hantsch, H.: Die Geschichte Österreichs. Bd. 2. Graz 1962, 389 f. – Zwitter, F.: Příčiny a následky rakousko-uherského vyrovnání [Ursachen und Folgen des österreichisch-ungarischen Ausgleichs]. HČ 16 (1968) 35 f. – Vgl. die Übersicht der Wiener Presse in: NL v. 25 und 28. 10. 1871.

<sup>63</sup> Traub 1919, 5. – Vgl. Schäßfle, A.: Aus meinem Leben. Bd. 2. Berlin 1905, 26.

<sup>64</sup> Knoll, A.: Die Deutschen in Böhmen und der „Ausgleich“. Wien 1871, 12 f.

<sup>65</sup> Vgl. TaB v. 11. 12. 1870 und 16. 3. 1871.

<sup>66</sup> Vgl. Traub 1919, 13. – Pokrok v. 11. und 14. 6. 1871. – NL v. 6. und 9. 10. 1871.

<sup>67</sup> Zit. nach Ableitinger, A.: Ernst von Koerber und das Verfassungsproblem im Jahre 1900. Wien-Graz-Köln 1973, 28. – Vgl. Traub 1919, 5. – NL v. 11. 6. und 9. 10. 1871. – Pokrok v. 11. und 14. 6. 1871.

<sup>68</sup> Zit. nach Fischel, A.: Der Panlawismus bis zum Weltkrieg. Stuttgart 1919, 343. – Vgl. Malý, J.: Naše znovuzrození [Unsere Wiedergeburt]. Bd. 1. Prag 1879, 6. – Kazbunda 1921, 367. – Traub 1919, 62. – Denis 1911, 697.

tschechischen Vorschläge „keine feindliche Absicht gegen das benachbarte Deutschland“ enthielten<sup>69</sup>, versuchte Rieger die Wogen zu glätten.

Die Angelegenheit des böhmischen Ausgleiches, d. h. der Autonomie Böhmens, bzw. der böhmischen Länder im Rahmen Zisleithaniens, nahm im Sommer 1871 in den Verhandlungen zwischen der Regierung und der böhmisch-staatsrechtlichen Opposition konkrete Formen an. Das Projekt war keineswegs problemlos. Einerseits war der Ausgleich ein Schritt zur staatlichen Selbstbestimmung der bisher auf diesem Gebiet nicht emanzipierten Tschechen, wobei das Riegersche Nationalitätengesetz den Deutschen in den böhmischen Ländern „die denkbar großzügigste Durchführung des Prinzips der Gleichberechtigung“ garantierte<sup>70</sup>. Andererseits stellte der Ausgleich einen politischen Rückschritt dar, weil in den geplanten autonomen Institutionen die Machtausübung überwiegend den konservativen Elementen zufallen sollte. Weiter induzierte das nur von den politischen Spitzen ausgehandelte, unklare und zu komplizierte Ausgleichswerk (die sog. Fundamentalartikel, die vom Führer des historischen Adels in Böhmen, Graf Clam-Martinic, ausgearbeitet worden waren) mehr als nur eine auf Böhmen beschränkte Reform. Im Rahmen des Ausgleiches verpflichtete sich der Kaiser, auch den „Rechtsansprüchen der übrigen Länder und Völker unseres Reiches“ entgegenzukommen<sup>71</sup>.

Durch die Unnachgiebigkeit der Tschechen (besonders des Grafen Clam-Martinic, der, und nicht Rieger, der eigentliche Wortführer bei den Verhandlungen war) und durch die Unentschlossenheit der Regierung wurde der geeignetste Zeitpunkt für das Vorhaben, das Jahr 1870, als der Krieg noch nicht entschieden war, verpaßt. Die Ausgleichsgegner, wie die Deutschliberalen, die Magyaren, die Wiener Bürokratie, Kardinal Rauscher, weite Teile des Militärs und der österreichische Reichszkanzler Beust, gewannen dadurch Zeit, sich zu organisieren. Der so entstandene Druck auf den Kaiser war umso wirksamer, als in Wien die Überzeugung wuchs, Österreich müsse sich mit Deutschland arrangieren<sup>72</sup>. Die Bedenken hoher Persönlichkeiten des neuen Deutschen Reiches gegenüber dem böhmischen Ausgleich (vor allem die Äußerungen Kaiser Wilhelms, die Bismarck durch ein formales Dementi nur noch unterstrich)<sup>73</sup> gaben Beust jene Waffe in die Hand, mit der er dem Ausgleich den Todesstoß ver-

<sup>69</sup> Traub, H. (Hrsg.): *Řeči Dra. F. L. Riegra* [Reden des Dr. F. L. Rieger]. Brünn 1923, 149.

<sup>70</sup> Hantsch 1962, 389. – Vgl. Hugelmann, K.: *Das Nationalitätenrecht des alten Österreich*. Wien 1934, 111.

<sup>71</sup> Zit. nach Zeithammer II 1912, 34.

<sup>72</sup> Rumpler 1980, 141 ff.

<sup>73</sup> Kaiser Wilhelm intervenierte indirekt mit dem Argument, es wäre unerwünscht, wenn sich Deutschösterreicher mit ihren Beschwerden nach Deutschland wenden. Bismarck versicherte Beust, daß er an der Annexion der „Erbländer“ keineswegs interessiert sei, und versuchte die offensichtliche Wirkung von Wilhelms Äußerungen abzuschwächen. Vgl. Beust, F. F. Graf von: *Aus drei Viertel Jahrhunderten*. Bd. 2. Wien 1887, 485 f., 493 f. – Kazbunda 1921, 371. – Traub 1919, 4, 14, 19, 20, 24. – Auch wenn die tschechische Presse den Mißerfolg des Ausgleiches sofort den Deutschösterreichern und den Magyaren anlastete, wurde auch die Rolle Preußens kritisiert: „Der österreichisch-böhmische Ausgleich soll zunichte gemacht werden, damit Preußen ... Die Monarchie in seine ... Vormundschaft bringt.“ *NL v. 18. 10. 1871*. – Vgl. Palacký I 1898, 366.

setzen sollte. Die Regierung Hohenwart reichte ihre Demission ein, und der schwankende Kaiser nahm die feierlichen Zusagen des Reskripts vom 12. September 1871 größtenteils zurück<sup>74</sup>. Von den Tschechen wurden neue Zugeständnisse erwirkt, hier vor allem die Zustimmung zu einer neuen Rechtskonstruktion, die die böhmische Autonomie von der österreichischen (zisleithanischen) Verfassung und nicht vom böhmischen Staatsrecht ableitete<sup>75</sup>. Aber auch diese Lösung ging weiter, als es dem Status entsprach, den die Tschechen dann bis zum Ende der Monarchie hatten. Darüber hinaus gab es noch andere, positive Aspekte. Die Beschickung des Reichsrates durch die Tschechen bot den föderalistischen Parteien eine reale Chance auf die Majorität in diesem Gremium. Für die Tschechen bestand in diesem Fall Aussicht auf Verwirklichung weiterer nationaler Wünsche, und – insofern die böhmische Frage darin eine Rolle spielte – auch die Monarchie hätte ihre Handlungsfreiheit erweitern können, besonders in bezug auf Deutschland, also gerade auf jenem Gebiet, an dem die Tschechen am meisten interessiert waren.

Der stolze und doktrinäre Clam-Martinic hat jedoch diese Möglichkeiten mit seinem strikten Nein zunichte gemacht; die tschechischen Führer stimmten ihm dabei zu<sup>76</sup>. Die beiden Koalitionspartner der böhmischen staatsrechtlichen Opposition, der

<sup>74</sup> Die Ursachen des Scheiterns des böhmischen Ausgleichs gilt es komplex zu sehen. Der Einfluß Deutschlands war nur einer der Faktoren, der außerdem nur in der gegebenen inneren Konstellation Österreich-Ungarns wirksam werden konnte, wobei die Probleme der nichtemanzipierten Völker der Monarchie diese Konstellation mitbestimmten. Die Tendenz, die Intervention Deutschlands für die Hauptursache des Scheiterns zu halten, erscheint z. B. bei Denis 1911, 700 oder bei Gonda, I.: Verfall der Kaiserreiche in Mitteleuropa. Budapest 1977, 269, der sich – nicht ganz zu Recht – auf Kann, R. A.: Das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie. Bd. 1. Graz-Köln 1964, 185 beruft. Erstaunlicherweise teilt die tschechische Historiographie nicht diese Meinung, sondern hebt eher den indirekten Einfluß der hegemonialen Stellung Deutschlands hervor, vgl. z. B. Traub 1919, 101.

<sup>75</sup> „Zwischen den beiden Vorschlägen war praktisch kaum ein Unterschied, er lag eher in der Rechtsauffassung.“ Tobolka, Z.: Politické dějiny československého národa od roku 1848 až do dnešní doby [Die Geschichte der tschechoslowakischen Nation von 1848 bis zur heutigen Zeit]. Bd. 2. Prag 1933, 273.

<sup>76</sup> Diese Entscheidung wurde besonders von den mährischen Abgeordneten und den Jungtschechen kritisiert, vor allem von Grégr, E.: Naše politika [Unsere Politik]. Prag 1876, 6 f., und von K. Sladkovský. – Vgl. Penížek, J.: Z mých pamětí [Aus meinen Erinnerungen]. Bd. 1. Prag 1923, 175. Das Problematische dieser Entscheidung trat deutlich hervor im Vergleich mit den weit kleineren Zugeständnissen des Grafen Taaffe im Jahr 1879, als die Tschechen schließlich den Reichsrat beschickten. In den politischen Kämpfen der folgenden dreißig Jahre wurde die Entscheidung von 1871 einer sehr scharfen Kritik unterzogen. Die erste umfassende Analyse, die die tschechischen Fehler von 1871 hart anprangerte, stammte von dem Jungtschechen Eim, G.: O nás pro nás [Über uns für uns]. NL v. 8., 17., 18. und 22. 9. 1885. Diese Meinung wurde von der Mehrzahl der Politiker mehr oder minder geteilt: außer den schon genannten Jungtschechen auch von manchen Altschechen, z. B. Matuš. Vgl. Srb, A.: Politické dějiny národa českého [Politische Geschichte der tschechischen Nation]. Bd. 1. Prag 1898, 641. – Sogar Clam-Martinic rang sich in den 80er Jahren zu der Erkenntnis durch, daß eine Wiederholung der einzigartigen Chance von 1871 wahrscheinlich unwiederbringlich verlorengegangen war; vgl. Bráf, A.: Listy politického kacíře [Blätter eines politischen Ketzers]. Prag 1902, 64. Diese Ansicht teilten auch die führenden Persönlichkeiten der Vorkriegszeit, wie z. B. Masaryk, T. G.: Česká otázka [Die tschechische

konservative historische Adel und die tschechische Nationalpartei, kehrten wieder zu dem sehr weitgehenden Programm der Deklaration von 1868 und zur konsequenten passiven Resistenz zurück<sup>77</sup>. In der hochgradig empörten und enttäuschten tschechischen Öffentlichkeit fand diese Wende eine laute Zustimmung; dies ist nicht ganz unverständlich, wenn man sich das gegebene – und nicht gehaltene – Versprechen des Kaisers und den triumphalen Widerhall in der deutschen Presse vor Augen hält und außerdem bedenkt, daß die Tschechen bezüglich ihrer früheren Forderungen und im Vergleich zum ungarischen Ausgleich große Zugeständnisse gemacht hatten<sup>78</sup>.

Trotzdem gab es in der tschechischen Führung Bedenken. Unnachgiebig zeigte sich hier aber vor allem der konservative Adel – eine erstaunliche Einstellung bei dieser zahlenmäßig kleinen, doch mächtigen, aber immer monarchistisch loyalen und anti-radikalen Gruppierung, die – nicht ganz befriedigend – durch das politische Temperament ihrer Führer zu erklären versucht wird; mit den einst rebellischen böhmischen Baronen aus der Zeit vor 1618 hatten sie nichts mehr gemein. Auch Palacký, der dabei von Skrejšovský unterstützt wurde, nahm eine ebenso unnachgiebige Haltung ein, setzte sie kraft seiner Autorität durch und behielt sie auch starrsinnig bis zu seinem Tod im Jahre 1876 bei<sup>79</sup>. Palackýs Schriften aus dieser Zeit sind „durch eine zornige Leidenschaft, mit der er Deutsche, Magyaren und Juden angriff“, gekennzeichnet<sup>80</sup>. Wenn er auch öfters bei den Deutschen zu differenzieren suchte<sup>81</sup> – was in das tschechische politische Bewußtsein als ein gedankliches Stereotyp unter der Parole „Nicht jeder Deutsche ist wie der andere“ eingegangen ist –, leitete er aus seiner Geschichtsauffassung die Vorstellung einer ewigen Aggressivität der Deutschen ab, die durch die letzten Triumphe noch gesteigert worden war<sup>82</sup>. Damit hängt auch seine „innere Abkehr von Österreich“ zusammen<sup>83</sup>. Palacký sah voraus, daß die Abhängigkeit von

---

Frage]. Prag 1895; Kaizl, J.: *České myšlenky* [Tschechische Gedanken]. Prag 1896; ja sogar der national radikalste von ihnen, Kramář, K.: Anmerkungen zur tschechischen Politik. Wien 1906. Von den Historikern näherten sich dieser Meinung am meisten der tiefblickende Franzose Denis 1911, 690f. und Tobolka 1933, 267f. Die Urteile von Kazbunda 1921, 568 und Traub 1919, 92ff. sind ausgeglichener; die neueste Arbeit von Urban 1983, 252ff. ist trotz ihres kritischen Charakters „staatsrechtlicher“.

<sup>77</sup> Vgl. NL v. 5. 9. 1871.

<sup>78</sup> Die Verwirklichung der Fundamentalartikel hätte keineswegs die Gleichheit der böhmischen mit der ungarischen Krone gebracht und also auch keinen Trialismus. In dieser subdualistischen Ordnung (nur im Rahmen Zisleithaniens) war außerdem ein wesentliches Attribut der nationalen Staatlichkeit, die Integrierung Mährens, nicht genügend berücksichtigt worden. R. A. Kann charakterisierte diese Reform trefflich als „ein Mittelding“ zwischen Föderation und Autonomie, wobei es der bloßen Autonomie näher war, in: Vantuch, A. / Holotík, L. (Hrsg.): *Der österreichisch-ungarische Ausgleich 1867*. Preßburg 1971, 1003. – Vgl. die interessante Charakteristik Kossuths, gedruckt in: NL v. 16. 11. 1871.

<sup>79</sup> Vgl. Eim in: NL v. 22. und 26. 9. 1885. – Denis 1911, 748. – Srb, A.: *Z púlstoletí* [Aus fünfzig Jahren]. Prag 1913, 243. – Srb, A. / Skrejšovský, J. S. in: *Osvěta* 48 (1918) 514. – Arbes, J.: *Z ovzduší politiky* [Aus der Atmosphäre der Politik]. Prag 1957. – Holeček IV 1925, 15 und 84.

<sup>80</sup> Kaizl 1896, 59.

<sup>81</sup> Palacký I 1898, 327 und 374.

<sup>82</sup> Ebenda 327, 357 und 410.

<sup>83</sup> Wierer, R.: Palackýs staatsrechtliches Programm. *ZfO* 6 (1957) 257.

Deutschland in der Außenpolitik und vom deutsch-magyarischen „Rassendespotismus“ im Innern notwendigerweise zum Zerfall der Habsburgermonarchie führen mußte<sup>84</sup>. Das Gegengewicht sah er in Rußland. Die Gefahr einer russischen „universalen Monarchie“ schien ihm nun nicht mehr so akut wie im Jahre 1848, weil „alle ehrlichen Völker sich widersetzen würden“<sup>85</sup>. Nach Meinung von Kaizl handelte es sich dabei bei Palacký eher um „eine Pose und vielleicht auch eine drohende taktische Diversion“, deren „Zusätze“ jedoch im politischen Bewußtsein der tschechischen Öffentlichkeit fortan Wurzeln schlugen<sup>86</sup>. Aus diesen Überlegungen leitete Palacký die historische Notwendigkeit „einer Allianz der romanischen und slawischen Rasse gegen die germanische“ ab<sup>87</sup>, eine Allianz, die die Zukunft der Tschechen sichern sollte, weil „die Deutschen durch das Übergewicht ihrer Feinde im Osten und Westen doch besiegt werden“<sup>88</sup>.

In der tschechischen politischen Praxis der 70er Jahre des 19. Jahrhunderts degenierte diese perspektivische Vision zu naiven, ungeduldigen und entarteten Berechnungen, deren Kern, „die einzige Hoffnung – der Krieg“ wurde<sup>89</sup>. Der Glaube an das Eingreifen von Außen war nicht nur für Skrejšovský charakteristisch<sup>90</sup>. Aber gerade diese Kalkulation stellte sich als Irrtum heraus. Anstelle der erwarteten Unruhen und Zwistigkeiten in Europa kam eine Ära der Stabilität und eines neuen Gleichgewichts, und auch innerhalb der Habsburgermonarchie konsolidierte sich die Lage. Ungeachtet aller Schwierigkeiten zeigte sich der Dualismus als lebensfähig, und die deutschliberale Regierung überlebte auch die Krise von 1873. Unter diesen Umständen und bei der rücksichtslosen, keineswegs liberalen Verfolgung durch die Regierung gelang es den Tschechen nicht, wiederum einen ähnlichen Massenwiderstand wie in den Jahren 1867–1870 zu organisieren. Die tschechische Presse entfaltete eine massive Propaganda mit häufigen antidynastischen und staatsfeindlichen Zügen – die Idee der Selbständigkeit eines böhmischen Staates, die 1866 der Öffentlichkeit unterbreitet worden war, hatte ihre Anziehungskraft nicht gänzlich verloren –, doch in der Praxis „rührte sich nirgends eine Hand“<sup>91</sup>. Skrejšovskýs Plan eines Steuerboykotts und andere radikale Formen des Widerstandes kamen nie zum Tragen. Nach der Niederlage von 1871 blieb die tschechische Öffentlichkeit zwar nach wie vor in ihrer oppositionellen Haltung, verhielt sich aber ansonsten passiv<sup>92</sup>. Die deutschliberale Regierung ignorierte

<sup>84</sup> Palacký I 1898, 359, 407 ff.

<sup>85</sup> E b e n d a 362 f., 365 f., 375.

<sup>86</sup> Kaizl 1896, 62. – Masaryk: Česká otázka 1968, 132, 174 ff.

<sup>87</sup> Palacký am 5. 9. 1870 in: Stloukal, K.: Rodinné listy Fr. Palackého [Familienbriefe Fr. Palackýs]. Prag 1930, 251.

<sup>88</sup> Palacký I 1898, 410. – Pokrok v. 23. 4. 1871. – Bauer, O.: Die österreichische Revolution. 2. Aufl. Wien 1965, 39.

<sup>89</sup> Malý VI 1879, 103.

<sup>90</sup> H. Traub in: Řeči Dra. F. L. Riegra I 1923, VII. – Vgl. Tobolka 1933, 351.

<sup>91</sup> Traub, 1919, 89.

<sup>92</sup> Diese für die Tschechen so typische Reaktion auf eine Niederlage – die übrigens „eher schmerzlich als gefährlich war, weil sie ihren Aufschwung nicht zum Stehen gebracht hatte“ – Denis 1911, 560 –, war auch durch die politische Konstellation in den tschechischen Reichen bedingt. Der konservative Charakter der Führungsgarnitur, die vom Adel und den Alttschechen gestellt wurde, hat einen radikalen, kämpferischen und von den Volksmassen ge-

die böhmische Frage völlig. Die während der passiven Resistenz angestauten Energien entluden sich in den verheerenden inneren Kämpfen zwischen den Alt- und den Jungtschechen. Trotz des allmählichen Zerbröckelns der einstigen Geschlossenheit des deutschen Liberalismus zeigten sich die Deutschösterreicher als eine Kraft, die zumindest auf absehbare Zeit fähig war, ihre Herrschaft zu behaupten, die durch einen einmütigen direkten „Angriff“ nicht zu brechen war<sup>93</sup>.

Als Irrtümer stellten sich auch die tschechischen außenpolitischen Überlegungen heraus, besonders in bezug auf Deutschland. Die Hegemonie Berlins in Mitteleuropa festigte sich schneller, als die Tschechen angenommen hatten und alle die, welche ein aktiveres Eingreifen der anderen Mächte erhofft hatten. Die äußerlich dramatischen Erschütterungen der inneren Entwicklung Deutschlands (der Kulturkampf usw.) waren vielmehr Begleiterscheinungen des Aufstiegs, der durch sie nicht, wie die Tschechen angenommen hatten, gebremst wurde. Jene Machtkonstellation, die sich zur Zeit des Scheiterns des böhmischen Ausgleichsversuches gebildet hatte, schien von Dauer zu sein. Bismarcks Reich wurde zu einem Machtfaktor, mit dem sogar Wien – und nicht nur die politisch isolierten Tschechen – zunehmend rechnen mußte.

Nach 1871 herrschte in ganz Europa Besorgnis über Bismarcks zukünftige Pläne; Österreich brauchte lang, um diese Besorgnis zu überwinden, die Tschechen noch länger. Die Einsicht, daß die deutsche Realität „ganz anders“ war, als es am Anfang der 70er Jahre schien, setzte sich bei den Tschechen erst allmählich durch. Bismarck „hatte sich nicht durch die Ideologie der nationalistischen Parolen bis zum Äußersten treiben lassen“<sup>94</sup>; trotzdem wurden die Tschechen niemals den Verdacht los, er hätte seine Annexionsgelüste in bezug auf Österreich nicht gänzlich verloren. Vor diesem Hintergrund muß man auch die Aussage eines Zeitgenossen sehen, daß nämlich die Tschechen, „was Bismarck betraf, immer zu stark aufgetragen hatten“<sup>95</sup>.

Was die Habsburgermonarchie betraf, war der „eiserne Kanzler“ der Ansicht, daß ihre Bewahrung „für Deutschland ein Bedürfnis des Gleichgewichts in Europa ist“<sup>96</sup>. Das Verhältnis zu ihr faßte er aber staatlich, nicht national auf. Ein Bestandteil seiner „saturierten“ Einstellung war auch ein relativ kaltes und teilnahmsloses Verhältnis gegenüber den Deutschen außerhalb des Reiches, inklusive der Deutschen Österreichs, was übrigens im wesentlichen auch für die reichsdeutsche Öffentlichkeit galt. Der Kanzler, dem die Deutschösterreicher als Liberale und Katholiken nicht ins

---

tragenen Widerstand a priori ausgeschlossen. Und die jungtschechische Minderheit hatte zu einer solchen Resistenz weder die Kräfte noch das Interesse. Seiner konservativen Züge wegen waren sie dem Ausgleich von Anfang an mißtrauisch gegenübergestanden, so daß dann von ihnen „die allgemeine Empörung schwer zu erwarten war“. Kazbunda 1921, 566. Ein Nachlassen der Bindung an die Monarchie und der von Kaizl so genannte „Zusatz“ der Russophilie blieben jedoch in der tschechischen Öffentlichkeit als ein dauerndes Residuum erhalten.

<sup>93</sup> Denis 1911, 731. – Vgl. S. Knirsch, (Diskussionsbeitrag) in: Vantuch/Holotík: Der österreichisch-ungarische Ausgleich 1971, 1002.

<sup>94</sup> Šusta, J.: Světová politika v letech 1871–1914 [Die Weltpolitik in den Jahren 1871–1914]. Prag 1924, 153.

<sup>95</sup> Holeček IV 1925, 119. Ähnlich, jedoch mit umgekehrten Vorzeichen, wurde Bismarck auch von den nationalistischen Kreisen der Deutschösterreicher gesehen.

<sup>96</sup> Vgl. Bismarck, O. v.: Gedanken und Erinnerungen. Stuttgart 1959, 466.

politische Konzept paßten, hielt sie außerdem für stark genug, um die Macht in der Monarchie zu behaupten<sup>97</sup>. Ohne hier näher auf die Frage einzugehen, wie genau das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Monarchie unter Bismarck befolgt wurde, war für den deutschen Reichskanzler – wie es sich zum erstenmal beim böhmischen Ausgleichsversuch von 1871 gezeigt hatte – die Bewahrung des dualistischen Systems eine unabdingbare Voraussetzung für die Anwendung dieses Prinzips überhaupt<sup>98</sup>. Bismarck vertrat immer folgende Auffassung: „Die Errichtung von kleinen Nationalstaaten im Osten Europas ist unmöglich; es sind dort nur historische Staaten möglich.“<sup>99</sup> Damit distanzierte er sich zwar von den „alldutschen“ Tendenzen der Deutschösterreicher, stellte sich aber gleichzeitig gegen die staatsrechtlichen Aspirationen anderer Völker dieser Region, vor allem die der Polen und der Tschechen<sup>100</sup>. Die gleichen Interessen Deutschlands und der dualistischen Kräfte in Österreich-Ungarn stellten also für die staatlichen Emanzipationsbemühungen der nichtdeutschen Völker der Habsburgermonarchie eine Hürde dar, die, solange es in Mitteleuropa zu keiner Änderung der Machtverhältnisse kam, in der Unantastbarkeit der Dezemberverfassung von 1867 und dem mehr oder minder deutsch gefärbten Zentralismus in Zisleithanien ihren Ausdruck fand.

Die tschechische Politik mußte schließlich aus diesen Umständen die Konsequenz ziehen. Die ersten Anzeichen dazu traten schon kurz nach 1871 zutage, zunächst bei den mehr pragmatisch denkenden mährischen Tschechen, in Böhmen dann besonders bei den Jungtschechen. Als erster formulierte das neue Programm einer der jungtschechischen Repräsentanten, E. Grégr, im Todesjahr Palackýs, wobei er bezeichnenderweise Bezug auf Deutschland nahm: „Ich halte die Durchführung der Fundamentalartikel in Österreich für eine Unmöglichkeit, hauptsächlich seitdem Deutschland geeint und zur größten Militärmacht Europas geworden ist.“ „Wir Tschechen allein“, meinte er weiter, „sind zu schwach, um unsere verbündeten Feinde, die Deutschen und die Magyaren, zu besiegen.“ Anstelle des Staatsrechtes, das, wie er provokativ erklärte, ohne die angemessene Macht „keinen Pfifferling wert ist“, befürwortete Grégr die Idee des Naturrechtes, im wesentlichen also nur die nationale Autonomie. Im gleichen Sinn sprach er sich gegen die radikale Taktik des passiven Widerstandes und für eine aktive staatsbejahende oder wenigstens den Staat nicht negierende Politik aus<sup>101</sup>.

<sup>97</sup> Vgl. Gause, F.: *Deutsch-slavische Schicksalsgemeinschaft*. Würzburg 1967, 246. – Kleinwachter, F.: *Der Untergang der österreichisch-ungarischen Monarchie*. Leipzig 1920, 254. – Weidenfelder, G.: *VDA – Verein für das Deutschtum im Ausland*. Allgemeiner Deutscher Schulverein (1881–1918). Bonn-Frankfurt 1976, 102 ff. – Kluge, P.: *Selbstbestimmung*. Göttingen 1963, 35, 50. – Mommsen, W.: *Bismarcks kleindeutscher Staat und das großdeutsche Reich*. In: *Böhme, H.* (Hrsg.): *Probleme der Reichsgründungszeit 1848–1879*. Köln-Berlin 1972, 360 f.

<sup>98</sup> Vgl. Kann, R. A.: *Das Deutsche Reich und die Habsburgermonarchie 1871–1918* (144, 147) und ders.: *Deutschland und das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie aus österreichischer Sicht* (416) sowie Burian, P.: *Deutschland u. das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie aus deutscher Sicht* (404 ff.), alles in: *Kann / Prinz: Deutschland und Österreich 1980*. – J. Kořalka u. R. A. Kann in: *HČ* 16 (1968).

<sup>99</sup> Zit. nach Gause 1967, 245.

<sup>100</sup> Vgl. Kluge 1963, 34 f. – Münch, H.: *Böhmische Tragödie*. Braunschweig 1949, 371.

<sup>101</sup> Grégr: *Naše politika 1876*, 12 ff.

Mit der allmählichen Änderung der politischen Orientierung begannen auch die Korrekturen in den tschechischen Vorstellungen über Deutschland. Ein umfangreicher Bericht Grégrs von seiner Studienreise nach Deutschland im Jahre 1884 gab davon Zeugnis. Die traditionelle deutsche Neigung zur „Zersplitterung“ gehörte seiner Meinung nach schon der Vergangenheit an. Deutschland sei, wenn auch im preußischen Geist, in Wirklichkeit geeint. Es sei jedoch nicht ratsam, die „brandenburgischen Sandbänke“ zu unterschätzen. Das neue Deutschland war nach Grégrs Ansicht „ein Staat nicht nur in voller politischer, nationaler, sondern auch in wirtschaftlicher Entfaltung“ und vom zunehmenden „sichtbaren Wohlstand“ gekennzeichnet. Für die benachbarten Völker birgt dieser Aufschwung eine Drohung, die Tschechen können aber beruhigt sein. Der innere Prozeß der Prussifizierung ist noch nicht abgeschlossen, und Deutschland hat dringendere Sorgen, als auf die „Rufe unserer österreichischen Prussophilen“ zu achten. Deutschland „braucht die Freundschaft Österreichs“, das „sich, sollte es vernünftig geführt werden, nicht vor der wachsenden Macht Deutschlands fürchten muß“<sup>102</sup>.

Obwohl Grégrs Artikel sicher beruhigend wirken sollte, darf der relative Optimismus des Autors nicht als künstlich angesehen werden. Der Zusammenhang zwischen der dualistischen Ordnung in Österreich-Ungarn und der Hegemonie Deutschlands in Mitteleuropa<sup>103</sup> verhinderte zwar die Entwicklung der Donaumonarchie zum Trialismus oder Föderalismus und begrenzte dadurch die staatlichen Chancen der benachbarten Völker Deutschlands. Die Lage war andererseits nicht so aussichtslos, und die Grenze, die diesen Völkern auferlegt wurde, war nicht so eng gezogen, daß ihre gesamte Entwicklung blockiert worden wäre. Ist es nicht auffallend, daß im Gegensatz zu den Staatsnationen dieser Region (z. B. den Magyaren und, bis zu einem gewissen Grad, auch den galizischen Polen), bei denen der Staat einen nicht geringen Teil der nationalen Energie absorbierte, die Entwicklung jener Volksguppen ohne einen eigenen Staat (z. B. die Posener oder die „russischen“ Polen, die Tschechen) manchmal rascher verlief? Die Begrenzung der nach außen gerichteten Möglichkeiten auf dem Gebiet des Staates und die daraus folgende Konzentration des gesellschaftlichen Potentials auf das Geschehen im Inneren, auf den Ausbau und auf die Entwicklung der eigenen nationalen Gesellschaft brachten beachtenswerte Erfolge in der Wirtschaft, der Kultur, ja sogar bei der Demokratisierung der Politik.

Die tschechische Realität in den Jahrzehnten nach 1871 bietet ein interessantes und bisher nicht genügend erforschtes Bild der Suche nach Möglichkeiten des gesellschaftlichen, aber auch national-politischen Aufstiegs auch in dem gegebenen Rahmen<sup>104</sup>.

<sup>102</sup> NL v. 3., 4. und 10. 10. 1884.

<sup>103</sup> Vgl. Böhme, H.: Politik und Ökonomie in der Reichsgründungs- und späteren Bismarckzeit (37); Becker, J.: Der Krieg mit Frankreich als Problem der kleindeutschen Einigungspolitik Bismarcks 1866–1870 (84); Hillgruber, A.: Zwischen Hegemonie und Weltpolitik. Das Problem der Kontinuität von Bismarck bis Bethmann Hollweg (187); alle in: Stürmer, H. (Hrsg.): Das kaiserliche Deutschland. Politik und Gesellschaft 1870–1918. Kronberg/Ts. 1977.

<sup>104</sup> Vgl. Křen, J.: Nationale Selbstbehauptung im Vielvölkerstaat: Politische Konzeptionen des tschechischen Nationalismus 1890–1938. In: Křen, J. u. a.: Integration oder Ausgrenzung. Deutsche und Tschechen 1890–1945. Bremen 1986, 15–66

Das Problematische, die eng begrenzten Möglichkeiten zur staatlichen Selbstverwirklichung der kleinen Nachbarn Deutschlands, blieb dennoch bestehen und wurde von diesen Völkern doppelt schmerzlich empfunden. Das Schicksal der Tschechen, aber auch der Österreicher und der osteuropäischen deutschen Minderheiten legt davon auch ein beredtes Zeugnis ab.